

## **Fragen von Parents for Future Neuwied & Parents for Future VG Ransbach-Baumbach**

Wir werden Ihre Antworten ausgewertet, sowie im Original, veröffentlichen. Durch Rücksendung der Antworten stimmen Sie dem zu.

Bitte Datei ausgefüllt abspeichern und die gespeicherte Datei per E-Mail zurückschicken bis zum 17.02.2021

Anna Neuhof, Bündnis 90/Die Grünen          Wahlkreis 1

1. Die aktuelle Landesregierung hat sich zum Ziel gesetzt Rheinland-Pfalz bis 2050 CO<sub>2</sub>-neutral zu machen. Dies entspricht nicht den wissenschaftlichen Empfehlungen zur Einhaltung des völkerrechtlich bindenden Pariser Klimaabkommens. Daher fordern wir die CO<sub>2</sub>-Neutralität bis spätestens 2035. Wie stehen Sie dazu?

Wir streben an bis 2035 Klimaneutralität zu erreichen, besonders auch unter Beachtung einer sozialen Ausgestaltung. Das 1,5%-Ziel des Pariser Klimaschutzabkommens und des Weltklimarates ist die Grundlage. Dazu gehören: Energiewende mit dem Ziel 100% Strom aus Erneuerbaren, nachhaltiges Wirtschaften, eine Wärme- und Mobilitätswende, ein Paradigmenwechsel in der Landwirtschaft und eine effektive Gebäudesanierung. Dazu braucht es auch entsprechende Gesetze auf der Bundesebene. In RLP werden wir das Klimaschutzgesetz fortschreiben und den Klimaschutz inkl. Nachhaltigkeitsgrundsatz als Staatsziel in der Landesverfassung festschreiben. Damit die Kommunen in den Klimaschutz investieren können, soll der Klimaschutz als kommunale Pflichtaufgabe verankert werden.

2. Wie bewerten sie die bisherigen Leistungen der Landesregierung im Bereich Klimaschutz?

In der Legislaturperiode 2011-2016 haben wir in der Regierungskoalition als erstes Flächenland ein Klimaschutzgesetz verabschiedet. Der Anteil Strom aus Erneuerbaren Energien ist erheblich gestiegen, das Ziel, den CO<sub>2</sub>-Ausstoß bis 2020 um 40% zu senken, ist fast erreicht. Aber: das reicht nicht. Wie o.g. sind noch erhebliche Aufgaben zügig zu bewältigen. Dazu gehört auch die Überprüfung aller Aktivitäten der Landesregierung und des Landtages auf Klimafolgenabschätzung.

3. Würden sie der Aussage zustimmen das der Klimawandel eine ernsthafte Bedrohung unserer Zivilisation ist und durch schnellstmögliche Maßnahmen, weltweit und somit natürlich auch im Land, aufgehalten werden muss auch wenn dies nicht kostenlos zu machen ist?

Ja und zwar vollumfänglich. Die Klimakrise, ich möchte sie als Klimakatastrophe bezeichnen, ist weit fortgeschritten. Der gesamte Planet ist betroffen – wir sehen und spüren die Auswirkungen aber auch vor der eigenen Haustür. Klimaschutz muss der Maßstab bei allen politischen Entscheidungen sein – finanzielle Investitionen in den Klimaschutz sind Investitionen in die Zukunft und auch für die nachfolgenden Generationen.

4. Werden Sie sich tatkräftig dafür einsetzen, dass der nächste Landtag eine Pflicht für die Installation von Photovoltaik Modulen auf Neubauten sowie auf Altbauten bei Renovierungen einführt? In mindestens gleichwertig strenger Weise wie Hamburg dies beschlossen hat. [Ja, Nein]

Ja, mit der Solaroffensive soll eine Pflicht für PV-Anlagen für alle Neubauten und bei Dachsanierungen eingeführt werden. Außerdem wollen wir Kommunen u.a. unterstützen, um z.B. Solarcarports zu installieren. Dies kann dann als Ladestation für E-Autos und E-Bikes genutzt werden.

5. Werden Sie den dezentralen, bürgernahen Ausbau der erneuerbaren Energien schnellstmöglich fördern um die Energieerzeugung aus fossilen Energieträgern unnötig zu machen?

Ja, unbedingt. Kommunen, Bürgerenergiegesellschaften, Genossenschaften müssen unbürokratischer und mit Planungssicherheit Erneuerbare Energien erzeugen, Anlagen repowern, und regionale Wertschöpfung generieren können. Dazu müssen entsprechende Gesetze, vor allem auch auf Bundesebene, geändert werden. Insbesondere die regionale Wertschöpfung erhöht die Akzeptanz für erneuerbare Energieanlagen.

6. Welchen prozentualen Anteil am deutschen Strommix sollten die erneuerbaren Energien im Jahre 2030 Ihrer Meinung nach haben? Angabe bitte in Prozent.

Unser Ziel als Grüne ist es, bis 2030 bundesweit den Strom zu 100% aus erneuerbaren Energien zu gewinnen.

7. Werden Sie sich tatkräftig dafür einsetzen, dass der nächste Landtag eine Pflicht für Nahwärmenetze, welche perspektivisch vollständig mit Energie aus erneuerbaren Energien betrieben werden, in Neubaugebieten einführt? Sowie das diese sukzessiv im Bestand nachgerüstet werden zur kollektiven Dekarbonisierung des Wärmesektors? Hinweis: Stichwörter um dies in unseren ländlichen Gebieten ökonomisch zu ermöglichen sind: Kalte Nahwärme, Agrothermie, Saisonale Wärmespeicher, Nahwärmenetze 4.0 und auf [Wärmewende.de](http://Wärmewende.de) finden sie viele gute Beispiele.

Mit der Wärmeinitiative RLP sind verschiedene Themenbereiche aufgegriffen worden, z.B. energetische Quartiersentwicklung, Nahwärmenetze, energetische Gebäudesanierung u.a.. Im Klimaschutzgesetz werden wir auf Landesebene weitere Maßnahmen voranbringen mit dem Ziel, den Wohnbereich klimaneutral zu machen und der Industrie z.B. Absatzmöglichkeiten für Abwärme zu schaffen. Wirksame gesetzliche Regelungen setzen auch hier entsprechende Änderungen in der Bundesgesetzgebung voraus. Kommunale Nahwärmenetze werden wir besonders fördern, ebenso wie den Austausch alter Ölheizungen.

8. Rheinland-Pfalz ist mit dem Saarland das Bundesland mit den meisten Verbrennungsmotor betriebenen PKW je Einwohner, werden Sie sich ernsthaft und tatkräftig dafür einsetzen, dass den

Einwohnern zeitnah äquivalente Alternativen geboten werden? Bitte erläutern Sie Ihre Vorschläge hierzu.

Ja. Die Unterschiedlichkeiten zwischen städtischen und ländlichen Regionen müssen berücksichtigt werden. Die Sicherung der Mobilität ist Daseinsvorsorge und seit kurzem kommunale Pflichtaufgabe. Insbesondere in den ländlichen Räumen sind Angebote des ÖPNV zu schaffen, die mit Taktung, Preisgestaltung und Vernetzung unterschiedlicher Verkehrsmittel Mobilität alltagstauglich nutzbar machen, um den Umstieg vom eigenen PKW hin zu öffentlichen Verkehrsmitteln zu attraktivieren. Komplementär dazu sind Bürgerbusse, Anruftaxis, Car-Sharing und P&Ride-Angebote zu sehen. Wir wollen ein 365-Euro-Ticket zunächst für Schüler\*innen einführen. Insgesamt ist die Nutzung öffentlicher Verkehrsmittel sozialverträglich zu gestalten. Mit einem deutlichen Ausbau einer Radwegeinfrastruktur inkl. Verknüpfung im Radwegenetz wird der Alltagsradverkehr gefördert – dazu gehören auch im ländlichen Raum taugliche Radwege zwischen einzelnen Ortschaften.

Der Ausbau der E-Mobilität mit 100% Strom aus Erneuerbaren Energien, aber auch alternative Antriebe bei Busflotten sind unser Ziel.

9. Was halten Sie von der Einführung eines 1,5 Grad kompatiblen CO<sub>2</sub>-Budgets für Rheinland-Pfalz, welches jährlich herabgesetzt wird, dessen Einhaltung rechtsverbindlich einzuhalten ist und von unabhängigen Stellen wissenschaftlich überprüft wird.

Im Detail wird das noch näher zu diskutieren sein. Eine wissenschaftliche Begleitung und Evaluierung der weiter oben genannten Punkte zum Erreichen des 1,5-Grad-Ziel ist geboten.

10. Die "CO<sub>2</sub>-Steuer" stellt eine wichtige Säule zur Anreizbildung für ein klimagerechteres Wirtschaften dar. Wir fordern eine Höhe der Steuer entsprechend ihrer Folgekosten (laut Umweltbundesamt 195€ pro Tonne). Außerdem fordern wir eine sozial gerechte Anwendung. Wie stehen Sie dazu?

Die CO<sub>2</sub>-Steuer ist insgesamt zu niedrig angesetzt. Als ökologisch lenkendes Instrument muss sie an der volkswirtschaftlichen Schadenshöhe orientiert sein. Zum zweiten müssen komplementär dazu klimaschädliche Steuersubventionen abgeschafft werden. Ein sozialverträglicher Ausgleich wäre ein Energiegeld für Bürger\*innen orientiert an der CO<sub>2</sub>-Produktion. Da Menschen mit niedrigem Einkommen i.d.R. weniger CO<sub>2</sub> produzieren, profitieren Sie überdurchschnittlich davon.

11. Täglich werden einige Hektar landwirtschaftlicher Fläche in Siedlungs- und Verkehrsfläche umgewandelt. Dabei scheint die Anzahl der Einwohner auf Dauer stabil zu bleiben. Durch mehr Wohnfläche je Einwohner und Flächenversiegelungen wird die Fähigkeit der Natur zur Selbstregulation gehemmt. Zudem ist unser aktuelles Modell der intensiv-Landwirtschaft mit extremen Folgeschäden verbunden, was haben sie hier für Vorschläge?

Eine weitere Flächenversiegelung ist zu reduzieren und mittelfristig zu stoppen. Ein Paradigmenwechsel in der Landwirtschaft hin zu boden- und wasserschonenden ökologischen Landwirtschaft ist geboten. Unser Ziel bis 2030: 30% der landwirtschaftlichen Fläche soll

ökologisch bewirtschaftet werden. Wir fordern "öffentliches Geld für öffentliche Leistung" und eine "Gute landwirtschaftliche Praxis" für nachhaltiges Wirtschaften, zum Boden- und Gewässerschutz und zum Erhalt der Biodiversität. In der Praxis bedeutet das, dass ökologische Leistungen durch die Instrumente der europäischen Agrarpolitik (GAP) deutlich zugunsten der Agrarumweltleistungen verschoben werden muss. Über die Landesagrarpolitik können und müssen dann entsprechende Förderungen umgesetzt werden. Mit unserem Öko-Aktionsplan zur Stärkung einer nachhaltigen und regionalen Wertschöpfung, der konsequent umgesetzt und ausgebaut werden muss, geben wir den Bauern und Bäuerinnen Planungssicherheit und Förderung die Regionalvermarktung. Für Schulen, Kitas und Kantinen wollen wir kurzfristig erreichen, dass bei Mittagessen mindestens 30% aus ökologischer und 50% aus regionaler Herkunft stammen.